



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
28. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 28 / 8
01. Dezember 2023

Barrierefreiheit der Bus- und Straßenbahnhaltestellen muss bei der Umgestaltung der Domsheide gewährleistet werden
Beschlussvorschlag der Fraktion: Selbstbestimmt Leben Bremen e.V.

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Die Domsheide ist ein wichtiger Knotenpunkt für die Bus- und Straßenbahnlinien in Bremen. Dort steigen täglich tausende von Fahrgästen ein, aus und um. Seit Jahren wird in Bremen diskutiert, ob die Straßenbahnlinien 2 und 3 von der Obernstraße in die Martinistraße verlegt werden sollen und wie die Domsheide neu gestaltet werden kann. Vor vier bis fünf Jahren gab es ein Beteiligungsverfahren der damaligen Verkehrssenatorin zur Gestaltung der Domsheide. Am Ende dieses Verfahrens gab es zwei Vorschläge für die Gestaltung der Bus- und Straßenbahnhaltestellen: Nach der ersten Alternative sollen alle Haltestellen im Bereich zwischen der Glocke und der Post angeordnet werden. Die Haltestellen der Straßenbahnlinien 2 und 3 sollen weiterhin vor der Post sein, die Haltestellen aller Linien, die zwischen der Neustadt und dem Hauptbahnhof fahren, sollen vor der Glocke angeordnet werden

Bei der zweiten Planungsalternative sollen die Haltestellen der Straßenbahnlinien 2 und 3 auch weiterhin vor der Post liegen. Die Haltestellen aller Linien, die zwischen Hauptbahnhof und Neustadt verkehren, sollen jedoch in der Balgebrückstraße um mehr als 50 m in Richtung Wilhelm-Kaisen-Brücke verschoben werden.

Der Senat will noch in diesem Jahr entscheiden, ob die Straßenbahnlinien 2 und 3 weiterhin durch die Obernstraße fahren sollen oder ob sie in die Martinistraße verlegt werden. Im Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien heißt es hierzu:

"Bleibt es bei einer Führung der Straßenbahn durch die Obernstraße, werden wir an der Domsheide die Variante 2.3 (geteilte Haltestellen) realisieren. Sollte es zu einer Verlegung der Straßenbahn kommen, ist der Sachverhalt noch einmal neu zu bewerten." Die Variante 2.3 ist die Planungsalternative, bei der die Haltestellen der Straßenbahnlinien 4, 6 und 8 sowie der Buslinien 24 und 25 um mehr als 50 m weiter in Richtung Wilhelm-Kaisen-Brücke verschoben werden. Dies hat zur Folge, dass die Umstiegswege und –zeiten selbst gegenüber der jetzigen Situation weiter verlängert werden. Dies bedeutet, dass mobilitätsbeeinträchtigte Personen ihre Anschlüsse häufig verpassen, es sei denn, die Umstiegszeiten werden deutlich verlängert.

Hinzu kommt, dass die Umsetzung der Planungsvariante 2.3 für viele mobilitätsbeeinträchtigte Personen zu einer weiteren besonderen Erschwernis führen wird. Die Balgebrückstraße hat ein langes Längsgefälle, das insbesondere für gehbehinderte Personen ohne Hilfsmittel, mit Gehhilfen, Rollator oder Selbstfahrerrollstuhl, aber auch für Menschen mit Herz-, Kreislauf- und Lungenerkrankungen, die körperlich nur wenig belastbar sind, ein zusätzliches Hindernis ist, vor allem dann, wenn sie aus der Neustadt kommend, die Straßenbahnlinie 2 oder 3 erreichen wollen. Auch für blinde und sehbehinderte Personen kann sich der längere Umstiegsweg als zusätzliche Erschwernis darstellen, weil dies die Orientierung erschwert und weil sie ebenfalls häufig langsamer sind als nicht behinderte Personen.

Im Ergebnis wird sich bei Variante 2.3 für alle Fahrgäste die Umstiegssituation an der Domsheide deutlich verschlechtern und der ÖPNV damit unattraktiver.

Die 28. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:

1. Die Barrierefreiheit bei der Neugestaltung der Haltestellen und der Umstiegsbeziehungen an der Domsheide muss gewährleistet werden.
2. Sofern die Linien 2 und 3 auch in Zukunft durch die Obernstraße fahren, sind die Bus- und Straßenbahnhaltestellen vor der Glocke und dem Postamt anzuordnen, um kurze Umstiegswege zu erreichen.
3. Sollten die Straßenbahnlinien 2 und 3 in die Martinstraße verlegt werden, ist eine neue Haltestellenplanung möglich und erforderlich, bei der die Barrierefreiheit ebenfalls sichergestellt werden muss; der Landesbehindertenbeauftragte und die Vertretungen behinderter Menschen, insbesondere auch das Forum Barrierefreies Bremen, sind an einer solchen neuen Haltestellenplanung von Anfang an zu beteiligen.

Für die Fraktion: Dr. Joachim Steinbrück

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2024 an den AK-Protest erbeten.

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe - Geschäftsstelle
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de